

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 09.08.2010

Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Zur Lage:

Erstens:

Die Arbeitslosigkeit ist eines der drängendsten politischen Probleme in Deutschland. 3,2 Millionen Frauen und Männer sind offiziell arbeitslos, viele davon über einen längeren Zeitraum. Deutschland hat unter den OECD-Mitgliedsstaaten den höchsten Anteil von Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt. Die mit der Krise massiv ausgeweitete Kurzarbeit hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die offizielle Arbeitslosigkeit nicht über 4 Millionen Frauen und Männer angewachsen ist.

Zu den offiziell registrierten 3,2 Millionen Arbeitslosen kommen noch annähernd eine Million Menschen ohne Job hinzu, die vor allem wegen statistischer Tricks nicht als arbeitslos gelten, obwohl sie keinen regulären Arbeitsplatz haben.

Besorgniserregend ist die Arbeitslosigkeit junger Menschen (unter 25 Jahre). Sie sind die größten Verlierer der Krise. Junge Menschen gehören zu den ersten Opfern von Stellenstreichungen in Betrieben und Einrichtungen. Oftmals werden sie nach der Ausbildung nicht übernommen, ihre befristeten Verträge werden oft nicht verlängert oder sie sind gezwungen, in Praktika ohne Vergütung zu arbeiten. Dazu kommt, dass Zehntausende von ihnen keinen Ausbildungsplatz erhalten. Nach wie vor gibt es in Deutschland 1,5 Millionen Menschen zwischen 25 und 29 Jahren, die keinen Berufsabschluss haben.

Etwa 360 000 junge Frauen und Männer sind in Deutschland offiziell von Jugendarbeitslosigkeit betroffen. Nicht darin einbezogen sind bundesweit etwa weitere 100 000 junge Menschen ohne Job. Sie sind in Arbeitsgelegenheiten oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig bzw. erhalten einen Gründungszuschuss.

Hunderttausende Jugendliche mit Erwerbstätigkeit wiederum sind darüber hinaus - bei deren massiv wachsendem Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt - in prekären Arbeitsverhältnissen, wie Leiharbeit und Mini-Jobs tätig. Sie erhalten vorwiegend Dumpinglöhne. Etwa 900 000 Jugendliche in Deutschland zwischen 15 und unter 25 Jahren, so eine DGB-Studie, müssen von Hartz IV leben, weil der Großteil von ihnen selbst oder ihre Eltern zu wenig verdienen, um davon leben zu können. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal.

Zweitens:

In Niedersachsen waren Ende Juli 2010 303 060 Frauen und Männer offiziell arbeitslos gemeldet. Das sind gegenüber dem Juni 2010 10 435 Personen bzw. 3,6 % mehr Arbeitslose. Dieser Zuwachs sei nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen, saisonüblich. Darüber hinaus waren weitere 94 575 Personen zwar nicht offiziell als arbeitslos gemeldet, sie waren aber ohne Beschäftigung. Sie wirkten in Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, erhielten einen sogenannten Gründungszuschuss u. Ä. Damit waren Ende Juli 2010 nahezu 400 000 Frauen und Männer zwischen Ems und Harz ohne Job.

^{*)} Die Drucksache 16/2693 - ausgegeben am 11.08.2010 - ist durch diese Fassung zu ersetzen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2009 ist die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen in Niedersachsen um 4,3 % bzw. 13 588 Personen gesunken und die Stellenzahl gestiegen. Allerdings sind der Stellenzugang und das wachsende Angebot freier Stellen, wie im Bundesdurchschnitt auch, vor allem auf den gravierenden Zuwachs in der Leiharbeit (25,7 % bzw. 13 509 Stellen) zurückzuführen. Gleichzeitig hat die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe, der Haupteinsatzbranche von Leiharbeit, in annähernd dem gleichen Umfang (11 214 Stellen) abgenommen.

Im Juli 2010 waren 37 361 junge Menschen unter 25 Jahren in Niedersachsen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Juli 2009 ist die Anzahl der jüngeren Arbeitslosen um 8,9 % bzw. 3 642 Personen gesunken. Im Bundesdurchschnitt aber ist die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr mit 15,8 % deutlich schneller als in Niedersachsen zurückgegangen.

Drittens:

In Niedersachsen suchten Ende Juli 2010 laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit noch 17 877 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Im Vergleich dazu lag das Angebot bei lediglich 10 326 offenen Stellen. Darüber hinaus gibt es noch jene 8 799 Jugendliche, die mit ihrer Stelle eine unbefriedigende Perspektive haben und daher gleichzeitig ihre Stellensuche aufrecht erhalten. Somit haben 26 676 junge Menschen am Beginn des Ausbildungsjahres keine bzw. keine zufriedenstellende berufliche Perspektive. Hinzu kommen noch die Jugendlichen, die sich gar nicht mehr melden bzw. aufgrund fehlender Ausbildungsreife in die Statistik aufgenommen werden.

Die Zahl der Altbewerber auf dem Ausbildungsmarkt nimmt anhaltend zu. Inzwischen liegt der Schulabschluss bei fast jedem zweiten Lehrstellensuchenden, der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet ist, über ein Jahr zurück. 16 770 Jugendliche gehen sogar schon mindestens in die dritte Runde bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Besonders in den kommenden Jahren wird es einen erheblichen Wettbewerb um Ausbildungs- und Studienplätze unter den Schulabgängern geben. Durch den doppelten Abiturjahrgang 2011 steigt die Zahl der Schulabgänger im nächsten Jahr um etwa 26 000 Jugendliche an, die sich anschließend um einen Ausbildungs- oder einen Studienplatz bewerben werden. Gerade an den Hochschulen Niedersachsens wird es daher zu Engpässen kommen. Es ist damit zu rechnen, wie vorliegende Analysen belegen, dass etwa 70 % des doppelten Abiturjahrgangs ein Studium aufnehmen wollen. Statt ein ausreichendes Angebot für diese 18 000 Studierenden bereitzustellen, geht die Landesregierung lediglich von zusätzlich 11 300 Studierenden aus. Sie rechnet dabei mit einer hohen Abwanderung junger Menschen in andere Bundesländer. Dabei muss das Ziel niedersächsischer Politik sein, allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern in Niedersachsen eine Perspektive zu bieten.

Die Studienbedingungen werden parallel dazu nicht besser. Vielmehr wird das Gegenteil eintreten, weil weder der Hochschulpakt I noch der Hochschulpakt II eine ausreichende Finanzierung der Studienplätze in Niedersachsen sicherstellen. Während Niedersachsen, Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge, 7 100 Euro pro Studierenden in der Lehre ausgibt, werden für Studienplätze aus dem Hochschulpakt II ab 2011 nur durchschnittlich etwa 5 200 Euro investiert. Ein qualitativ hochwertiges Studium wird unter diesen Rahmenbedingungen immer schwieriger.

Auch der Ausbildungsstellenmarkt wird den doppelten Abiturjahrgang zu spüren bekommen. Etwa 5 000 Schulabgängerinnen und Schulabgänger werden sich im kommenden Jahr zusätzlich um einen Ausbildungsplatz bemühen. Dabei ist bereits die gegenwärtige Lage, wie oben dargelegt, sehr angespannt. Zudem erklärten in der Ausbildungsumfrage der IHK Hannover 2010 68 % der Unternehmen, dass sie im Jahr 2011 auf demselben Niveau wie im Jahr 2009 ausbilden wollen, 21 % wollen weniger ausbilden, lediglich 11 % planen mit zusätzlichen Ausbildungsstellen.

Zur Verantwortung der Bundesregierung und der Niedersächsischen Landesregierung:

Erstens:

Die aktuellen Erwerbslosenzahlen, darunter bei jungen Menschen, spiegeln die arbeitsmarktpolitische Untätigkeit der Bundesregierung wider. Die Verkünder des selbst herbei geredeten Aufschwungs sehen sich angeblich durch die Entwicklung am Arbeitsmarkt bestätigt. Sie verkennen

dabei aber, dass sich der Trend hin zu prekärer Beschäftigung, wie bei der Leiharbeit oder weiteren Jobs im Niedriglohnbereich, ohne jede langfristige Perspektive durch ihre Politik fortsetzt.

Dazu kommt, dass die Bundesregierung mit ihrem im Juni 2010 beschlossenen Sparpaket, dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2011 und der Finanzplanung bis 2014 einen Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik anvisiert. Im Zeitraum bis 2014 sollen die Mittel bei der Arbeitsmarktpolitik und bei den Erwerbslosen um rund 14 Mrd. Euro gekürzt werden. Die noch im Juli 2010 mit dem „Gesetz für bessere Chancen am Arbeitsmarkt-Beschäftigungschancengesetz“ formulierte Absicht, „zur Sicherung oder zur Erschließung von Beschäftigungsmöglichkeiten“ beizutragen, wird durch diese gravierenden Kürzungen konterkariert.

Angesichts von weit über vier Million Menschen in Deutschland, darunter 400 000 Frauen und Männer in Niedersachsen, die keine Erwerbsarbeit finden, ist es unverantwortlich, die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zusammenzustrichen. Allein die Eingliederungsmittel für Hartz-IV-Beziehende werden um rund ein Drittel gekürzt. Das „Fördern“ von Erwerbslosen wird immer mehr zu einer Farce. Übrig bleibt dann nur noch das „Fordern“; also Sanktionen und Repressionen. Mit der anvisierten Kürzung von Qualifizierungsmaßnahmen werden Beschäftigungschancen vermindert statt eröffnet. Die Umwandlung von sogenannten Pflichtleistungen in Ermessensleistungen wiederum entzieht Erwerbslosen bestehende Rechtsansprüche auf arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Sie sollen künftig vollständig vom guten Willen der Vermittlungskräfte in den Arbeitsagenturen und Jobcentern abhängig sein.

Mit der beabsichtigten Abschaffung des befristeten Zuschlags beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II wird der Absturz in das Hartz-IV-System beschleunigt. Die Absicht dahinter ist klar: Die Angst der Beschäftigten und Arbeitslosen vor der Arbeitslosigkeit soll steigen, ihre Widerstandskraft sinken. Der Druck, jede noch so schlecht bezahlte und unsichere Arbeit anzunehmen, wird erhöht. Prekäre Arbeitsverhältnisse und der Niedriglohnbereich werden so gefördert statt eingedämmt.

Zweitens:

Zur Untätigkeit der Bundesregierung kommt die anhaltende Lethargie der Landesregierung in der Arbeitsmarktpolitik, die so tut, als gingen sie die Erwerbslosenzahlen und die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen nichts an. Ganz in diesem Sinn wurden bei der Haushaltsklausur der Landesregierung am 1./2. August 2010 wie ebenfalls beim Haushalt 2010 und den Haushalten der zurückliegenden Jahre die Möglichkeiten und Instrumentarien des Landes für die Förderung von Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen ignoriert.

Die Landesregierung hat es unterlassen, ein etatreifes Landesprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit im Landeshaushalt zu verankern. Die Landesregierung hat es ebenfalls unterlassen, die Erfahrungen von Bundesländern wie Berlin und Brandenburg auszuwerten, die mit dem Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor etwa 7 000 existenzsichernde Vollzeitarbeitsplätze in Berlin für langzeitarbeitslose Menschen im gemeinwohlorientierten Bereich geschaffen haben bzw. wie in Brandenburg bis 2014 mindestens 6 500 solche Arbeitsplätze schaffen wollen.

Der niedersächsische Pakt für Ausbildung hat es nicht vermocht, die Lage auf dem Ausbildungsmarkt grundlegend und in allen Segmenten zu verbessern. Mit Hilfe einer - im Sinn der Vertragsparteien - positiven Interpretation der Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt der Bundesagentur für Arbeit wird die Zahl der unvermittelten Jugendlichen herunter gerechnet. So lag der Anteil an „unversorgten“ Bewerbern „nur“ bei 4,0 % im Vermittlungsjahr 2008/2009. Gleichzeitig aber fanden lediglich 39,6% einen wunschgemäßen Ausbildungsplatz. Alle übrigen Bewerber haben entweder eine Qualifizierungsmöglichkeit gefunden, mit der sie nicht zufrieden sind (19%) und daher bis zum Schluss auf der Suche waren; oder sie beendeten aus nicht näher bekannten Gründen (von Frustration bis hin zur Alternative) die Suche nach einem Ausbildungsplatz (37,4%).

Auch nach einer erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung hängt die erfolgreiche Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen immer noch stark mit dem Schulabschluss zusammen. In nahezu allen Ausbildungsfeldern haben Jugendliche trotz der abgeschlossenen Ausbildung mit einem Hauptschulabschluss erheblich schlechtere Chancen auf Beschäftigung als Jugendliche mit Realschulabschluss oder Abitur. Die Landesregierung hält gegenwärtig aber an der Hauptschule als einer Säule des gegliederten Schulsystems fest.

Die Landesregierung hat unter Verweis auf den sogenannten Ausbildungsbonus des Bundes das Landesförderprogramm für die Einstellung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben mit Wirkung vom 22. Juli 2009 ausgesetzt.

Schlussfolgerungen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat nachdrücklich für entschiedene Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit einzusetzen. Es ist Zeit für eine grundlegende Wende in der Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik: Weg vom Druck auf Erwerbslose, Auszubildende und Beschäftigte, weg von niedrigen Löhnen und einseitiger Exportorientierung, hin zu einer nachfrageorientierten Beschäftigungspolitik, die auf gute Arbeit anstatt prekäre Beschäftigung, hohe Löhne, kürzere Arbeitszeiten, mehr öffentliche Investitionen sowie den Ausbau des öffentlichen Dienstes bzw. öffentlich geförderter Beschäftigung setzt.

Die Landesregierung soll mit einer Bundesratsinitiative den Vorstoß für eine Ausbildungsplatzumlage unternehmen. Mit der Ausbildungsplatzumlage ist beabsichtigt, dass künftig allen Bewerberinnen und Bewerbern direkt nach dem Abschluss der allgemeinen Schulbildung und unabhängig von der konjunkturellen Situation ein Ausbildungsplatz im Dualen System angeboten werden kann. Hierbei werden alle Unternehmen nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten an den Kosten der Ausbildung beteiligt. Für die Förderung benachteiligter und leistungsschwächerer Jugendlicher sollen ausbildungsbegleitende Maßnahmen zu einem Regelangebot für auszubildende Betriebe ausgebaut werden. Die Bundesagentur für Arbeit soll hierfür ihr Angebot deutlich ausbauen.

Die Landesregierung soll mit Bundesratsinitiativen gleichzeitig darauf Einfluss nehmen, dass der im sogenannten Sparpaket sowie im Entwurf des Bundeshaushaltes 2011 und der Finanzplanung bis 2014 verankerte Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik, darunter bei der Förderung von Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen, umgehend rückgängig gemacht wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- für den Entwurf des Landeshaushaltes 2011 und die Finanzplanung bis 2014 ein etatreifes Landesprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die Förderung von Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen aufzulegen;
- mit dem Entwurf des Landeshaushaltes 2011 und der Finanzplanung bis 2014 in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor - entsprechend den Erfahrungen der Bundesländer Berlin und Brandenburg - einzusteigen;
- auf dem Erfolg der integrierten Gesamtschulen aufbauend, Kinder auch mit Hauptschulempfehlung zu höheren Schulabschlüssen zu führen, das gemeinsame Lernen bis Klasse 10 an den Schulen spürbar auszubauen;
- das Landesförderprogramm für die Einstellung von Auszubildenden aus Insolvenzbetrieben unter der Maßgabe wieder aufzunehmen, dass es komplementär zum Ausbildungsbonus des Bundes ausgestaltet wird, aber lediglich Betriebe unterstützt werden, die Auszubildende aus Insolvenzbetrieben zusätzlich zur bestehenden Ausbildungskapazität einstellen.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin